

schen wurden bei den Überschwemmungen getötet bzw. verletzt (keine genaue Aufteilung, wieviel Menschen gestorben sind).

Von offizieller Stelle wurde berichtet, daß die Überschwemmungen in diesem Jahr dadurch charakterisiert waren, daß Regenstürme die Überschwemmung der Flüsse hervorrief, daß der starke Regen in bestimmten Regionen zu wiederholten Überschwemmungen führte und daß Taifune wesentlich öfter als in den letzten Jahren auftraten. Als erste Katastrophenhilfe wurden 500 Mio. Yuan aus dem zentralstaatlichen Reservefonds bereitgestellt; 1991 leistete der Staat noch eine Nothilfe von 370 Mio. Yuan. (Zhongguo Xinwen She News Agency, Beijing, in Chinese, 7.9.94), nach SWB 6.10.94)

Die Überschwemmungen betrafen im Juni zweimal hintereinander große Teile von Süd- und Südwestchina, im Juli Nordostchina und im August den Küstenbereich des nordostchinesischen Golfs von Bohai. Große Schäden richtete auch der Taifun "Fred" an, der Ende August Teile der Provinz Zhejiang verwüstete und nach ersten Berichten 700 Todesopfer forderte. (NZZ, 25.8.94)

Es wird mit größeren Auswirkungen der Naturkatastrophen auf den landwirtschaftlichen Output gerechnet, da zusätzlich zu den Überschwemmungen auch Dürreperioden in manchen Regionen die Ernterwartungen sinken ließen. (SCMP, 15.9.94) -schü-

Taiwan

*(43)

Rückkehr in die UNO erneut abgelehnt

Unter Druck von Beijing hat die UNO zum zweitenmal eine Initiative für die Rückkehr Taiwans in die Weltorganisation von vornherein abgelehnt. Zwölf taiwanfreundliche Staaten aus Lateinamerika, Afrika und dem pazifischen Raum (Burkina Faso, Zentralafrikanische Republik, Dominica, Dominikanische Republik, Grenada, Nicaragua, Niger, St. Vincent und die Grenadinen, St. Christopher und Nevis, St. Lucia, Salomon-Inseln und Swasiland) hatten

den Antrag eingebracht, unter dem Prinzip der Universalität der UNO-Mitgliedschaft einen Sonderausschuß zur Diskussion einer Wiederzulassung der Republik China in Taiwan, die eine Bevölkerung von 21 Millionen hat, einzusetzen. Im Allgemeinen Ausschuß sprachen sich 7 Staaten für und 17 gegen den Antrag aus. Schließlich entschied der Vorsitzende des Allgemeinen Ausschusses ohne förmliche Abstimmung, den Antrag mangels Konsens nicht auf die Tagesordnung der 49. Vollversammlung zu setzen.

Trotzdem bewertet es Taiwan als einen Erfolg, weil sich sowohl die Zahl der Initiatoren als auch die der Befürworter des Antrages im Vergleich zum letzten Jahr verdoppelt hat. Außerdem wurde damit nochmals auf die Taiwanfrage in der Weltöffentlichkeit aufmerksam gemacht. 1971 war Taiwan aus der UNO ausgeschlossen worden, als die Weltorganisation die chinesische Mitgliedschaft an Beijing erteilte. (LHB, 23.9.94; ZYRB und FCJ, 24.9.94) -ni-

*(44)

Erneuerung der US-Taiwanpolitik

Am 7. September hat Washington nach langen Überlegungen eine neue Taiwanpolitik bekanntgegeben. Es handelt sich dabei allerdings nur um einige Nuancen in den "inoffiziellen" Beziehungen der USA zu Taiwan. Danach kann die taiwanische halbamtliche Vertretung in den USA den neuen Namen "Taipei Economic and Cultural Representative Office" tragen anstatt der bisherigen Bezeichnung "Coordination Council for North American Affairs". Hochrangige Beamte und Politiker aus Taiwan, die für Wirtschaft, Handel und Technik zuständig sind, dürfen dienstlich die entsprechenden US-Behörden mit Ausnahme des Weißen Hauses und des State Department besuchen. US-Beamten ist ebenfalls erlaubt, dienstlich nach Taiwan zu reisen und dortige Behörden auf allen Regierungsebenen zu besuchen. Am 8. September führte der halbamtliche US-Vertreter in Taiwan, Lynn Pascoe, sofort mit Außenminister Qian Fu (Fredrick Chien) ein Gespräch in dessen Büro, d.h. es war der erste Besuch eines US-Vertreters im Taipeier Außenministerium seit 15 Jahren. Als Konsequenz der Anerkennung Beijings als die legitime Regierung Chinas hatte Washington 1979 seine diplomatischen Beziehungen zu Taipeier abgebrochen.

Während die Taipeier Regierung mit der kleinen Verbesserung der US-Taiwanpolitik nicht ganz zufrieden ist, sprach Beijing von einer potentiell "explosiven Angelegenheit". Vize-Außenminister Liu Huaqing zitierte den US-Botschafter in der VR China, Stapleton, zu sich und warf Washington vor, sich in die "inneren Angelegenheiten" Chinas einzumischen und "zwei Chinas" oder "ein China, ein Taiwan" schaffen zu wollen. (LHB, 9.9.94; ZYRB, 10.9.94; XNA, 11.9.94; IHT, 12.9.94; AWSJ, 9./10.9.94; SZ, 12.9.94; FT, 9.9.94; SZ, 12.9.94) -ni-

*(45)

Visumfreie Aufenthaltsdauer für 12 Staaten auf zwei Wochen verlängert

Ab Oktober dürfen voraussichtlich die Bürger von folgenden 12 Staaten ohne Visum 14 Tage lang in Taiwan bleiben: den USA, Japan, Großbritannien, Deutschland, Frankreich, Kanada, Neuseeland, Australien, den Niederlanden, Belgien, Luxemburg und Österreich (nach einigen Berichten statt Österreich der Schweiz). Nach Angaben des Touristikamtes ist die Zahl der Touristen seit dem 1. Januar d.J. mit der Einführung der Visumfreiheit bei Einreise und Aufenthalt von zunächst fünf Tagen in Taiwan deutlich gestiegen. In den ersten acht Monaten d.J. hat Taiwan rechnerisch insgesamt 1.409.976 Besucher aus dem Ausland empfangen, 16% mehr als von einem Jahr, davon sind 449.407 oder 36,63% solche, die von der Visumfreiheit Gebrauch gemacht haben. Im Hinblick auf diesen Erfolg hat die Regierung beschlossen, die visumfreie Aufenthaltsdauer für die o.g. zwölf Staaten von fünf Tagen auf zwei Wochen zu verlängern. (CP und LHB, 1.10.94; ZYRB, 2.10.94) -ni-

Hongkong und Macau

*(46)

Ergebnisse der Bezirkswahlen in Hongkong

Am 18. September wurden 18 Bezirksräte (District Boards) in Hongkong neu zusammengesetzt. Diese Gremien sind an sich von keiner großen politischen Bedeutung, besteht doch ihre einzige Funktion in der Beratung der